

So regeln Deutsche und Österreicher die

Auf zu anderen Ufern

In Wasserburg wünscht man sich mehr öffentlichen Seezugang. Den gibt es fast nur auf der Halbinsel.



Wasserburg am Bodensee, Bayern, Deutschland

Es funktioniert nur auf dem Papier

Im Nachbarland Deutschland sieht man, dass Papiertiger nicht beißen. Zum Beispiel in Wasserburg am Bodensee (D), eine Gemeinde zwischen Lindau und der Grenze zu Baden-Württemberg mit gut 4200 Einwohnern. Denn laut Bayerns Verfassung sind zwar **Staat und Gemeinden «berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten»**. Zu diesem Zweck darf der Staat sogar Eigentumsrechte einschränken. Zusätzlich garantiert das bay-

erische Naturschutzgesetz Gemeinden, Bezirken und dem Land ein Vorkaufsrecht auf Seegrundstücke.

Doch trotz diesem Gesetztext sind in Wasserburg nur schlappe 20 Prozent des Ufers frei zugänglich. «Die liegen vor allem auf der Halbinsel Wasserburg, sonst gibt es immer wieder mal a Fleckerl!», so Adolf Waltner (62) vom örtlichen Bauamt. Mehr Seezugänge für die Bevölkerung seien eigentlich wünschenswert.

Beim Wunsch bleibt es wohl vorerst. Schon in den 60ern wurde der Plan für ei-

nen durchgehenden Seeuferweg von Lindau bis nach Baden-Württemberg gebodigt. **«Es gab zu viele Klagen von Privatgrundbesitzern, die sich nicht ihren Badestrand kaputt machen lassen wollten»**, erklärt Waltner vom Bauamt.

Enteignungen kommen für die Gemeinde nicht in Frage. Warum dann nicht Ufergrundstücke aufkaufen – Stichwort Vorkaufsrecht? «Haben wir bisher kaum ausgeübt», so Waltner. Zum einen, weil solche Grundstücke kaum angeboten würden. Zum anderen seien die Preise derart explodiert, dass ein Kauf für

die Gemeinde finanziell nicht tragbar gewesen wäre.

Dass die «Preise schlicht zu hoch» sind, weiss auch Ulrich Epple (47), Gemeinderat für die Unabhängige Liste Wasserburg/Bodensee (ULW). Sie will «nachhaltige und umweltbewusste Politik» betreiben – und mehr Ufer für die Bevölkerung.

Epple will verhindern, dass noch mehr verbaut wird. Vor kurzem wurde in einem Landschaftsschutzgebiet der Gemeinde eine Baulücke ausgewiesen. «Jetzt erarbeiten wir einen Bebauungsplan, der dort Neubauten verhindert.»

Seit den 80ern streitet die Gemeinde mit Seeanliegern um einen Uferweg. Jetzt kommt er, dafür müssen Zäune weichen.



Kressbronn am Bodensee, Baden-Württemberg, Deutschland

Uferloser Uferstreit

Anderer Ort, ähnliches Problem: Die Kressbronner wohnen gegenüber von Rorschacherberg SG auf der anderen Bodensee-Seite. Und sie liegen sich seit Jahrzehnten in den Haaren. **Seit den 80er-Jahren will die Gemeinde das Bodenseeufer besser für die Öffentlichkeit zugänglich machen und seinen ökologischen Zustand verbessern.**

1998 beantragte die Gemeinde erfolgreich beim zuständigen Landratsamt, dass der etwa 800 Meter lange Uferbogen renaturiert werden solle. Und zwar durch Aufschüttung, stellenweise um bis zu 30 Meter breit. Das brachte Besitzer von Seegrundstücken auf die Barrikaden, die das Ufer nach und nach mit Stegen und Zäunen verbaut hatten. Ein Rechtsstreit entflammte, der bis heute nicht ganz ausgestanden ist.

Vor kurzem entschied der Verwaltungsgerichtshof des Landes, dass die «grundsätzliche Rechtmässigkeit der planfestgestellten Uferrenaturierungsmassnahme» nicht mehr zur Diskussion stehe. **Ein Dämpfer für die Privatgrundbesitzer. Im Tiefbauamt Kressbronn freut man sich.** Querverbauungen

wie **Zäune müssten jetzt abgebaut werden, «damit die Bevölkerung die Möglichkeit bekommt, sich entlang des Ufers zu bewegen»**, sagt ein Mitarbeiter.

Und die verstrichene Zeit hat für die Befürworter des Uferwegs gearbeitet: In den Jahren des Streits wurden genügend Sedimente angeschwemmt, sodass ein Drittel der Strecke nicht mehr aufgeschüttet werden muss. Kressbronn ist nicht die einzige Gemeinde in Baden-Württemberg, in der um Seezugang gekämpft wird. **Die Konstanzer etwa demonstrierten in den 70er- und 80er-Jahren für freie Seezugänge, organisierten sogar öffentliche Märsche über private Ufergrundstücke.**

Vor kurzem hagelte es wieder Kritik gegen die Landesregierung in Stuttgart (D). Dem Bundesland sind laut baden-württembergischem Finanzministerium freie Seezugänge zwar «ein wichtiges Anliegen». Doch wie die «Stuttgarter Zeitung» schrieb, verpachtet das Ministerium kleine Parzellen am See an Private. Ohne Ausschreibung. Zu Schnäppchenpreisen. Das Ringen um die Ufer ist nicht nur in der Schweiz uferlos.

